



## China – Report

Dezember 2022

---

### 1) Chinas Abkehr von der Null-Covid-Politik und die Folgen

Das abrupte Ende von Chinas Null-COVID-Politik löst bei Experten Bedenken aus. Angesichts einer gefährdeten, unzureichend geimpften Bevölkerung mit geringer natürlicher Immunität gehen verschiedene Forschungsgruppen von bis zu zwei Millionen Todesfällen aus. Bis zum 19. Dezember 2022 hatte China offiziell 5.242 Covid-bedingte Todesfälle gemeldet.

Zhou Jiatong, Leiter des Zentrums für die Kontrolle von Krankheiten in der südwestlichen Region Guangxi, prognostizierte zuletzt, dass die Zahl der Infektionen landesweit auf mehr als 233 Millionen Fälle steigen könnte. Bereits im Mai hatte eine in Nature Medicine veröffentlichte Studie vorausgesagt, dass die Spitzennachfrage auf Chinas Intensivstationen mehr als das 15-fache der Kapazität betragen würde, sollte das Land seine strenge Null-Covid-Politik ohne eine Erhöhung der Impfquote und den besseren Zugang zu Behandlungen aufgeben.

Das in den USA ansässige Institute of Health Metrics and Evaluation (IHME), Teil der University of Washington, sagte in einem aktualisierten Modell, dass es bis 2023 mehr als eine Million Todesfälle erwartet. Die Gruppe prognostiziert, dass die Fälle im April ihren Höhepunkt erreichen werden, wenn die Zahl der Todesfälle 322.000 erreicht haben wird. Etwa ein Drittel der chinesischen Bevölkerung wird bis dahin infiziert sein, sagte IHME-Direktor Christopher Murray. Ein Modellierungsteam der Universität von Hongkong schätzt, dass die gleichzeitige Wiedereröffnung aller Provinzen von Dezember 2022 bis Januar 2023 zu 684 Todesfällen pro einer Million Einwohner führen würde, so dass insgesamt rund 964.400 COVID Todesfälle zu erwarten wären.

### 2) Unruhen in iPhone-Fabrik in Zhengzhou

Chinas größte, von Foxconn betriebene, iPhone Fabrik in Zhengzhou erlebte in den vergangenen Wochen wiederholt Unruhen und [Aufstände der Belegschaft](#). Eine unbestimmte Zahl von Arbeitern beschwerte sich öffentlich gegen Arbeits- und Unterkunftsbedingungen. Der Ärger der Arbeiter entlud sich in Ausschreitungen gegen das Sicherheitspersonal.

Seit Wochen arbeiteten und lebten die Arbeiter in sogenannten Closed Loops, bei denen sie sich nur zwischen ihrem Arbeitsplatz und ihren Wohnheimen bewegen und – zur Vermeidung von Ansteckungen – keinen Kontakt zum Rest der Bevölkerung haben durften. Schlussendlich hat die Enge dieses Systems für einige Arbeiter offenbar das Fass zum Überlaufen gebracht.

Insgesamt lässt sich kaum abschätzen, wie viele Arbeiter an den Protesten beteiligt waren. Die Unternehmensleitung teilte lediglich mit, dass es sich um Aktionen weniger, neu angestellter, Arbeiter gehandelt habe und dass das Unternehmen mit den Arbeitern und der Regierung sprechen werde, um solche Vorfälle künftig zu verhindern.

Gleichzeitig meldete Foxconn massive [Produktionsausfälle](#). In der gesamten Provinz Henan sank die Smartphone-Produktion im Oktober um 16,9 Prozent gegenüber dem Vormonat auf 8,4 Millionen Geräte. Insbesondere in die USA wurden weniger Smartphones geliefert, als bestellt waren. Ausfuhrdaten des Zolls



## China – Report

Dezember 2022

---

zufolge wurde im Oktober ein Fünftel weniger Smartphones aus Henan in die USA exportiert. Der Ausfuhrwert sank dadurch um mehr als 600 Millionen US-Dollar.

Die Fabrik in Zhengzhou hat mit einer Spitzenbelegschaft von bis zu 350.000 Arbeitern riesige Ausmaße. Für die Provinz ist sie ein zentraler Arbeitgeber und repräsentiert das Modell des Wirtschaftswachstums durch Exportproduktion. 2019 war Hong Fu Jin Precisions Electronics Zhengzhou, so der offizielle Name von Foxconn's Zhengzhou-Ableger, das größte Exportunternehmen Chinas.

### 3) Deutschland setzt verstärkt auf 5G-Technik von Huawei

Laut einem neuen Bericht ist Deutschland bei seiner 5G-Funkzugangsausrüstung (RAN) noch abhängiger von Huawei geworden als bei seinem 4G-Netz – und das obwohl die Besorgnis über die Beteiligung Chinas an kritischer Infrastruktur wächst. Viele europäische Länder haben chinesischen Unternehmen unter intensivem diplomatischem Druck der Vereinigten Staaten aus Sicherheitsgründen den Zugang zum gesamten oder Teilen ihrer 5G-Netze verwehrt.

Laut einer Umfrage des Telekommunikationsberatungsunternehmens Strand Consult, die Mitte Dezember erschienen ist, macht Huawei 59 Prozent der deutschen 5G Infrastruktur – v.a. der Basisstationen, die Smartphones mit dem Netzwerk verbinden – aus. Die Umfrage, die der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt, bietet einen Überblick zur Rolle der chinesischen Unternehmen Huawei und ZTE bei der Einführung von Mobilfunknetzen der nächsten Generation in Deutschland und zeigt deutliche Abhängigkeiten auf.

„Es gibt Hinweise darauf, dass Deutschland die Sicherheitsbedrohung Chinas nicht ernst genommen hat“, heißt es in der Studie, die Vergleiche zur Gaspipeline Nord Stream 2 zieht.

Huawei hatte wiederholt bestritten, dass seine Ausrüstung ein Sicherheitsrisiko darstellt und Washington des protektionistischen Wunsches beschuldigt, in erster Linie nicht konkurrenzfähigen US-Firmen helfen zu wollen. Deutschland, Heimat von Betreibern wie der Deutschen Telekom und O2 hat vor zwei Jahren ein IT-Sicherheitsgesetz verabschiedet, das den Herstellern von Telekommunikationsgeräten deutliche Hürden für die „kritischen Komponenten“ von 5G-Netzen auferlegt. Auf eine Bitte um Stellungnahme, ob der hohe Anteil chinesischer Komponenten ein Sicherheitsrisiko darstellen könnte, antwortete die deutsche Netzagentur nicht. Jens Zimmermann, Abgeordneter der Sozialdemokraten (SPD) warf den Telekom-Betreibern vor, sich eher an die Mindestanforderungen des neuen Gesetzes als an dessen Geist zu halten. „Wenn diese Haltung anhält, müssen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen verschärfen“, sagte der SPD-Sprecher für Digitalpolitik.

Der Strand-Bericht zeigt, dass Deutschland zwar nicht allein in seinem 5G-Netz den Einsatz von in China hergestellter RAN-Ausrüstung erhöht, viele kleine europäische Länder, insbesondere die nordischen und östlichen Staaten wie Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei, jedoch keine verwenden. In einigen dieser Länder, sagte der Autor John Strand gegenüber Reuters, hätten die Betreiber selbst nicht-chinesische Anbieter ausgewählt, um misstrauische Firmenkunden bei Laune zu halten. Der Bericht stellte auch fest, dass Huawei in Berlin einen höheren Marktanteil hat als in Peking, wo es harter Konkurrenz durch den heimischen Konkurrenten



## China – Report

Dezember 2022

---

ZTE ausgesetzt ist. Ein Strategiepapier des von den Grünen geführten deutschen Wirtschaftsministeriums empfiehlt eine verstärkte Prüfung von Komponenten aus autoritären Staaten in kritischen Infrastrukturen. "Wir brauchen eine generelle Überarbeitung der Wirtschaftskooperation mit Unternehmen aus autokratischen Staaten", sagte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz, Vorsitzender des parlamentarischen Geheimdienstsausschusses. Es brauche ein aktiveres Vorgehen, um Deutschlands Souveränität "gegenüber Staaten wie Russland und China" zu sichern.

### 4) Chinesische Batteriehersteller wollen Natrium-Ionen-Batterien für E-Autos voranbringen

Chinas Hersteller von Batterien für Elektroautos [weiten ihre Produktion von Natrium-Ionen-Batterien aus](#). Auch die Forschungsmittel zu dieser Art von Batterien sollen erhöht werden. Die Produzenten erhoffen sich damit, eine Alternative zu den sonst meist verwendeten Lithium-Batterien aufzubauen.

HiNa Battery Technology Co. Ltd., ein kleinerer Hersteller von Batterien unter Huawei Technologies, hat jüngst eine Produktion von Natrium-Ionen-Batterien (sodium-ion batteries, SIB) begonnen. Jährlich können mit der neuen Produktionsstrecke Batterien mit einer Kapazität von insgesamt 1 GWh produziert werden.

Contemporary Amperex Technology Co. Ltd., der weltweit größte Batteriehersteller, will im kommenden Jahr ebenfalls mit der Massenproduktion von SIB beginnen. Das Unternehmen integriert in seinen Natrium-Batterien auch Lithium, um die Reichweite der Batterien zu erhöhen. Auch Farasis Energy (Ganzhou) Co. Ltd. hat bereits angekündigt, im kommenden Jahr mit der Produktion von SIB zu beginnen. Das Unternehmen wird dazu nach eigenen Angaben mit einer Reihe von E-Bike- und E-Auto-Produzenten kooperieren.

Mit dem steigenden Lithium-Preis wird international die Produktion von SIB attraktiver und die Investitionen in diesen Bereich steigen. Sobald die industriellen Produktionsketten für Natrium-Batterien installiert und ausgereift sind, könnten SIB in ihrer Produktion bis zu 20 Prozent günstiger als Lithium-Batterien sein, sagte Chen Liquan, ein Mitglied der Chinese Academy of Engineering, während einer Industriekonferenz in China Ende November. Der Nachteil der SIB ist ihre geringe Energiedichte und damit eine geringere Reichweite beim Einsatz in Fahrzeugen. Während Lithium-Batterien standardmäßig E-Autos mindestens 500 km weit bringen können, reichen Natrium-Batterien oft nur für 400 km. Bislang werden sie daher meist nur für E-Fahrräder oder fest installierte Energiespeicher verwendet.

SIB haben dennoch gewisse Vorteile, die sie zu einer attraktiven Alternative zu Lithium machen. Sie laden schneller, kommen besser mit niedrigen Temperaturen zurecht und ihr Rohmaterial findet sich in vielen Teilen der Erde – wenn auch in geringeren Konzentrationen, was die Kosten für den Abbau bislang hochhält.

Analysten von Sealand Securities prognostizieren ein starkes Wachstum der Natrium-Ionen-Batterie-Produktion. Für 2023 rechnen sie mit einer Produktionskapazität von 7,5 GWh und einem Marktwert von 963 Millionen Yuan. Bis 2025 könnte der Markt auf 50 Milliarden anwachsen, teilte das Unternehmen mit. Diese Berechnung geht allerdings davon aus, dass der Lithium-Preis weiter hoch bleibt oder sogar noch ansteigt. Sollte er fallen, wäre auch Natrium als Alternative weniger attraktiv.



## China – Report

Dezember 2022

---

### 5) Taiwan bemüht sich um Investitionsabkommen mit der EU

Taiwan möchte die ins Stocken geratenen Gespräche über ein Investitionsabkommen mit der Europäischen Union schnell wieder aufnehmen, sagte Taiwans Präsidentin, Tsai Ing-wen in einer Rede am 20. Dezember. Die EU hatte Taiwan bereits 2015 – ein Jahr bevor Tsai Präsidentin wurde – in eine Liste von Handelspartnern für ein potenzielles Investitionsabkommen aufgenommen. Seitdem wurden jedoch keine Gespräche mehr mit Taiwan zu diesem Thema geführt.

Obwohl die Staaten der EU Taiwans größte Quelle für Auslandsinvestitionen sind, unterhalten sie aufgrund von Einwänden aus der Volksrepublik keine formellen diplomatischen Beziehungen zu der demokratisch regierten Insel. Bei einem Treffen mit einer Handelsdelegation des Europäischen Parlaments sagte Tsai, Taiwan und die EU sollten ein „widerstandsfähiges demokratisches Bündnis“ aufbauen. „Taiwan ist bestrebt, den bilateralen Wirtschafts- und Handelsaustausch zu verbessern, die Sicherheit der Lieferketten zu stärken und die Fortschritte beim bilateralen Investitionsabkommen zwischen Taiwan und der EU zu beschleunigen, was auch die Unternehmensinvestitionen auf beiden Seiten stärken würde“, sagte sie der Gruppe in live übertragenen Kommentaren durch das Präsidialamt.

Die Europäische Union hatte Taiwan ihrerseits zuletzt als einen der „gleichgesinnten“ Partner umworben, mit denen sie im Rahmen des im Februar vorgestellten European Chips Act zusammenarbeiten wolle. Delegationsleiterin Anna-Michelle Asimakopoulou sagte Tsai, dass die EU und Taiwan gemeinsame Werte wie Demokratie und Menschenrechte teilten.

„Die EU erkennt an, dass unsere Handels- und Investitionspartnerschaft mit Taiwan eine strategische Beziehung mit geopolitischen Auswirkungen ist“, sagte Asimakopoulou. „Meine Kollegen und ich im Europäischen Parlament haben die (Europäische) Kommission aufgefordert, unverzüglich eine Folgenabschätzung, eine öffentliche Konsultation und eine Sondierung des bilateralen Investitionsabkommens zwischen der EU und Taiwan einzuleiten“, fügte sie hinzu.

TSMC, der weltweit größte Vertragschiphersteller und Asiens wertvollstes, börsennotiertes Unternehmen, gab letztes Jahr bekannt, eine Expansion in das EU-Mitgliedsland Deutschland zu prüfen. Seitdem scheint es jedoch keine wesentlichen Fortschritte gegeben zu haben.

### 6) Börse zum Daten-Handel in Shenzhen eröffnet

In Shenzhen, Südchinas Tech-Metropole, hat der Handel mit Daten an einer staatlichen [Datenbörse](#) begonnen. Unternehmen können hier Daten kaufen und verkaufen, wie an anderen Börsen Rohstoffe oder Wertpapiere gehandelt werden. Die neue Börse stellt den Versuch der chinesischen Regierung dar, einen Markt für Daten aufzubauen. Der Handel mit Daten soll zukünftig in der chinesischen Wirtschaftsentwicklung eine zentrale Rolle als Produktionsfaktor spielen.



## China – Report

Dezember 2022

---

Bereits vor einem Jahr wurde die Shenzhen Data Exchange als Testversuch teilweise eröffnet. Während des Probelaufs wurden 415 Käufe mit einem Handelsvolumen von 1,1 Milliarden Yuan (150 Millionen US-Dollar) getätigt. Inzwischen haben sich 484 Unternehmen an der Börse registriert, darunter 98 Datenverkäufer, 91 Zwischenhändler für Daten und 295 Datenkäufer, teilte die Börse mit.

Mit China Southern Power Grid, dem staatlichen Betreiber des Stromnetzes in Südchina, hat sich auch ein besonders bekanntes Großunternehmen an der Börse registriert. China Southern Power Grid, das auch bisher schon Daten zur Kreditwürdigkeit von Unternehmen auf Basis von deren Stromverbrauch an einzelne Banken verkauft, plant nun, diese Daten an der Börse auch anderen Bietern anzubieten.

Die Datenbörse von Shenzhen reiht sich damit in die Gruppe ähnlicher Datenbörsen in China ein. So wurde in Shanghai ebenfalls vor einem Jahr eine Datenbörse eingerichtet. In Guangzhou, Shenzhens Nachbarstadt, wurde im September eine solche Börse installiert.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

### Kontakt:

FIVV AG  
Herterichstraße 101  
Telefon +49 89 374100-0  
Telefax +49 89 374100-100  
[www.fivv.de](http://www.fivv.de)

### Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter [www.universal-investment.com](http://www.universal-investment.com) erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.